



Wie kam es zur NATO-Erweiterung? Drei Fallstudien

Warum traten Länder nach 1991 der NATO bei? Was war die treibende Kraft hinter der NATO-Erweiterung? Traten die Länder aufgrund des freien, kollektiven und demokratischen Willens ihrer Bevölkerung bei? Oder agierte die NATO wie ein Imperium, das danach strebte, seine Macht auszuweiten?

Stefano di Lorenzo

Mo. 22 Jun 2026 16 Leseminuten

In den letzten Jahren ist die Frage der NATO-Erweiterung – das kann man ohne Übertreibung sagen – zu einer Frage von Leben und Tod geworden. Ob direkt oder indirekt – die Aussicht auf einen möglichen NATO-Beitritt der Ukraine löste den

Krieg aus, der das Land derzeit verwüstet. Verteidiger der NATO und der westlichen Werte bestehen natürlich darauf, dass der Krieg in der Ukraine absolut nichts mit der NATO zu tun habe.

Doch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gab – vermutlich unbeabsichtigt – **genau das Gegenteil zu**, als er im September 2023 vor einem gemeinsamen Ausschuss des Europäischen Parlaments sprach. Stoltenberg **erwähnte einen Vertragsentwurf**, den Russland der NATO übermittelt hatte: „Der Hintergrund war, dass Präsident Putin im Herbst 2021 erklärte und tatsächlich einen Vertragsentwurf übermittelte, den die NATO unterzeichnen sollte, um zu versprechen, dass es keine weitere NATO-Erweiterung geben würde“, als „Vorbedingung dafür, nicht in die Ukraine einzumarschieren [sic]“. Stoltenberg prahlte anschließend stolz damit, dass „wir das natürlich nicht unterzeichnet haben“. Die Frage eines möglichen Beitritts der Ukraine zum Bündnis **war kein Thema, über das die NATO bereit war**, mit Russland zu verhandeln, unabhängig davon, was mit der Ukraine geschehen könnte.

Doch die Frage der NATO-Erweiterung polarisiert nach wie vor stark. Für die meisten Menschen in Europa war die NATO bis vor kurzem kaum mehr als eine Formalität, etwas, das ihr Leben nicht unmittelbar betraf und das sie einfach ignorieren konnten. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, dass die NATO eine Angelegenheit ist, die enorme Auswirkungen auf das Leben der Menschen haben kann. Die NATO ist schlichtweg zu mächtig und allgegenwärtig, um als irrelevanter Überbau mit geringem gesellschaftlichem Einfluss abgetan zu werden. Verschiedene Bevölkerungsgruppen in den europäischen Ländern vertreten jedoch sehr unterschiedliche Meinungen über die NATO, ihre Funktion und ihre Rolle für die europäische Sicherheit.

Das euro-atlantische Lager sieht bis heute in der Verbindung zwischen Europa und Amerika eine natürliche Symbiose, eine unvermeidliche Tatsache des Lebens, den natürlichen Höhepunkt des Triumphs der liberalen Demokratie und das Ende der Geschichte. Diese Gruppe neigt dazu, davon überzeugt zu sein, dass die NATO ein rein defensives Bündnis ist, das ursprünglich vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gegen die Sowjetunion gegründet wurde. Überzeugte Euro-Atlantiker argumentieren, dass die Vorstellung einer „NATO-Erweiterung“ nach 1991 an sich schon absurd sei: Die NATO sei lediglich das natürliche Bestreben von Ländern gewesen, die gerade erst von der sowjetischen Herrschaft befreit worden waren. Die „Politik der offenen Tür“ der NATO sei lediglich eine wohlwollende Geste gegenüber Gruppen gewesen, die einem elitären Club freier und wohlhabender Nationen beitreten wollten. NATO-Skeptiker argumentieren hingegen, dass die NATO-Erweiterung ein imperialistischer Schachzug war, die natürliche Expansionsbewegung eines politischen Gebildes, das nach dem „Sieg“ im Kalten

Krieg von seiner eigenen Macht berauscht war und rücksichtslos expandierte. Es habe sich bewusst dafür entschieden, die Sicherheitsinteressen Russlands zu ignorieren, einfach weil es dazu in der Lage war, weil es sich stark und mächtig fühlte, und habe dadurch den Ukraine-Krieg provoziert. Euro-Atlantiker weisen solche Behauptungen natürlich vehement zurück und argumentieren, dass der Zusammenhang zwischen der NATO-Erweiterung und dem Ukraine-Krieg nichts anderes als eine „russische Lüge“ sei.

Dieser Artikel analysiert die historische Entwicklung der NATO-Erweiterung anhand von drei Fallstudien, die jeweils aus ihren eigenen Gründen von Bedeutung sind. Wie kam es zur NATO-Erweiterung und welche Motive standen dahinter? Ging die Initiative von der NATO aus? Oder haben sich die Länder der ehemaligen östlichen Hälfte Europas für einen Beitritt entschieden, weil sie dem Charme der NATO nicht widerstehen konnten? Gemäß Artikel 10 der NATO-Satzung „laden die Bündnispartner, sobald sie beschlossen haben, ein Land zur Mitgliedschaft in der NATO einzuladen, dieses Land offiziell ein, Beitrittsgespräche mit dem Bündnis aufzunehmen. Dies ist der erste Schritt im Beitrittsprozess auf dem Weg zur formellen Mitgliedschaft“.

Ein weiterer Abschnitt wird der Ukraine und Georgien gewidmet sein, zwei Ländern, die – zumindest de jure – keine NATO-Mitglieder wurden, aber dennoch eine privilegierte Beziehung zur NATO genossen und denen die NATO im Jahr 2008 die Mitgliedschaft versprochen hatte.

Ungarn

Ungarn trat am 12. März 1999 zusammen mit Polen und der Tschechischen Republik der NATO bei. Es war die erste NATO-Erweiterung seit dem Ende des Kalten Krieges. Weniger als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und der Wiedervereinigung Deutschlands wurde das Versprechen, die NATO werde „keinen Zentimeter nach Osten expandieren“, bereits ignoriert. Heute wird allein schon die Vorstellung eines „Versprechens“ performativ als Propaganda abgetan, mit dem Argument, dass [selbst Gorbatschow dies bestritten habe](#). Doch die [historischen Aufzeichnungen belegen etwas anderes](#), auch wenn es sich um eine Art Gentlemen's Agreement handelte, das nicht in einem Vertrag festgehalten wurde.

Bereits in den 1980er Jahren hatte die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei im Rahmen des sogenannten „Gulasch-Kommunismus“ begrenzte Wirtschaftsreformen eingeleitet. Ungarn gehörte zu den liberaleren Staaten des Ostblocks und gewährte größere wirtschaftliche Flexibilität und mehr Freiheit als

anderswo in Osteuropa. Gegen Ende der 1980er Jahre hatte sich die wirtschaftliche Lage des Landes jedoch verschlechtert. Die Auslandsverschuldung hatte alarmierende Ausmaße erreicht, das Wachstum stagnierte und das Vertrauen in das kommunistische System war geschwunden.

Die ersten freien Parlamentswahlen fanden 1990 statt. Als Sieger ging das Ungarische Demokratische Forum (MDF) hervor, eine konservativ-nationale Bewegung unter der Führung von József Antall. Seine Regierung stand vor enormen Herausforderungen. Wie in vielen der ehemaligen kommunistischen Länder führte der Übergang zur Marktwirtschaft zu Fabrikschließungen, Arbeitslosigkeit, Inflation und sozialer Unsicherheit. Ganze Wirtschaftszweige, die vom sozialistischen Wirtschaftssystem abhängig gewesen waren, verloren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Der Warschauer Pakt wurde im Juli 1991 offiziell aufgelöst. Die sowjetischen Truppen hatten ihren Abzug aus Ungarn bereits kurz zuvor abgeschlossen. Ihr Abzug hinterließ ein Machtvakuum.

Dann begann Jugoslawien 1991 im Chaos zu versinken. Ungarn grenzte an die zerfallende Föderation. Der Konflikt zeigte, dass das Ende des Kalten Krieges keine Ära des Friedens eingeläutet hatte. Für Ungarn verstärkten die Kriege die Auffassung, dass kleine Staaten in Mitteleuropa externe Sicherheitsgarantien benötigten. Diese Sorge war besonders groß, da bedeutende ungarische Minderheiten außerhalb der ungarischen Grenzen lebten, vor allem in Serbien, Rumänien und der Slowakei. Die Jugoslawienkrise stärkte daher die Argumente für eine Integration in westliche Institutionen. Bereits 1990 und 1991 begannen führende ungarische Politiker, über eine mögliche Mitgliedschaft zu diskutieren. Ein Beitritt war jedoch nicht sofort realistisch. Die Sowjetunion bestand noch bis Dezember 1991, und es herrschte Unsicherheit darüber, wie Russland reagieren würde.

1994 trat Ungarn dem [Programm „Partnerschaft für den Frieden“](#) der NATO bei. Diese Initiative ermöglichte es Nichtmitgliedstaaten, militärisch mit dem Bündnis zusammenzuarbeiten, an Übungen teilzunehmen und militärische Standards anzugleichen, ohne kollektive Verteidigungsgarantien zu erhalten. Es war das Jahr 1994 – [sogar Russland schloss sich damals der Initiative „Partnerschaft für den Frieden“ an.](#)

Im Jahr 1994 gewann die Ungarische Sozialistische Partei, Nachfolgerin der ehemaligen kommunistischen Partei, die Wahlen und bildete unter Gyula Horn eine Regierung. Horn selbst war einst kommunistischer Funktionär gewesen. Dennoch verfolgte seine Regierung das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft ohne große Bedenken weiter. Washington erwies sich als stärkster Befürworter der NATO-

Erweiterung. Die Regierung unter Präsident Bill Clinton argumentierte, dass die NATO-Erweiterung Mitteleuropa stabilisieren und die demokratischen Reformen festigen würde. Einige amerikanische Diplomaten und Strategen warnten, dass die Erweiterung die Beziehungen zu Russland beeinträchtigen könnte. Andere stellten die Frage, ob die NATO Sicherheitsgarantien auf Länder ausweitere, deren Verteidigung sich in einer Krise als schwierig erweisen könnte.

1995 legte die NATO eine [Studie zur Erweiterung](#) vor. Darin wurde argumentiert: „Mit dem Ende des Kalten Krieges bietet sich eine einmalige Gelegenheit, eine verbesserte Sicherheitsarchitektur im gesamten euro-atlantischen Raum aufzubauen. Das Ziel einer verbesserten Sicherheitsarchitektur besteht darin, allen im euro-atlantischen Raum mehr Stabilität und Sicherheit zu bieten, ohne dabei neue Trennlinien zu schaffen. Die NATO versteht Sicherheit als ein weit gefasstes Konzept, das neben verteidigungspolitischen auch politische und wirtschaftliche Komponenten umfasst.“ Russland lehnte die Erweiterung konsequent ab. Selbst der „pro-amerikanische“ Präsident Boris Jelzin argumentierte wiederholt, dass eine Ausweitung der NATO nach Osten gegen den Geist der Zusammenarbeit nach dem Kalten Krieg verstoße.

Der Madrider Gipfel von 1997 und das Referendum über die NATO

Der entscheidende Moment kam im Juli 1997 auf dem NATO-Gipfel in Madrid. Die NATO lud Ungarn, Polen und die Tschechische Republik offiziell ein. Die ungarische Regierung organisierte ein nationales Referendum. Ungarn war tatsächlich eines der wenigen Länder, die ein Referendum über die NATO abhielten. Die Abstimmung fand am 16. November 1997 statt. Offizielle Ergebnisse zeigten eine Zustimmung von etwa 85 Prozent unter den Teilnehmern. Die Wahlbeteiligung war jedoch mit rund 49 Prozent gering.

Am 12. März 1999, unter Viktor Orbán, der zu diesem Zeitpunkt gerade zum ersten Mal zum Ministerpräsidenten gewählt worden war – derselbe Viktor Orbán, den spätere Gegner als „Putins Marionette“ abtun sollten –, wurde Ungarn offiziell NATO-Mitglied. Es war ein schicksalsträchtiger Monat für die NATO. Nur zwölf Tage später startete die NATO ihre Luftangriffe gegen Jugoslawien im Kosovo – die erste Mission der NATO außerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs. Nach der Intervention in Jugoslawien wurde es schwierig zu argumentieren, dass die NATO ein rein defensives Bündnis sei. Russland nahm dies zur Kenntnis.

Kroatien

Kroatien trat 2009 zusammen mit Albanien der NATO bei. Der neue Staat Kroatien entstand durch den gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens. Während eines Großteils der 1990er Jahre hatten einige westliche Regierungen Kroatien mit Argwohn betrachtet. Die Ausnahme bildete Deutschland. Ende der 1980er Jahre begann der Nationalismus, die kommunistische Ideologie als wichtigste Quelle politischer Legitimität in der gesamten jugoslawischen Föderation abzulösen. In Kroatien entstanden 1989 die ersten Oppositionsparteien. Die wichtigste davon war die Kroatische Demokratische Union (HDZ) unter der Führung von Franjo Tuđman. Bei den ersten Mehrparteienwahlen im Jahr 1990 besiegte die HDZ die reformierten Kommunisten und wurde zur dominierenden politischen Kraft.

Im Mai 1991 stimmten die kroatischen Wähler in einem Referendum für die Unabhängigkeit, das von einem Großteil der großen serbischen Minderheit im Land weitgehend boykottiert wurde. Kroatien erklärte im Juni 1991 offiziell seine Unabhängigkeit. Es kam zum Krieg. An dem Konflikt waren kroatische Streitkräfte, lokale serbische Milizen und die Jugoslawische Volksarmee (JNA) beteiligt. Große Teile des kroatischen Staatsgebiets gerieten außerhalb der Kontrolle Zagrebs. Ohne direkte Unterstützung von außen wäre das Überleben Kroatiens nicht möglich gewesen. Ein Jahr nach der Wiedervereinigung zeigte Deutschland bereits **ein Maß an Durchsetzungskraft, das zunächst sogar seine Verbündeten verblüffte**. Deutschland sah ein unabhängiges Kroatien als strategischen Vorteil an und gehörte zu den ersten Ländern, die Kroatiens Unabhängigkeit anerkannten. Es ging sogar so weit, Kroatien militärische Unterstützung in Form von **umfangreichen Waffenlieferungen** zu gewähren, größtenteils über geheime Kanäle.

Es fällt schwer, die Kriege in Jugoslawien als reine, edle Befreiungsbewegung zu betrachten. Wie bei den meisten Konflikten gab es viele Dimensionen. Auch der kroatische Unabhängigkeitskrieg führte zu zahlreichen Vorwürfen wegen Menschenrechtsverletzungen, autoritären Tendenzen und nationalistischen Exzessen, die Kroatiens internationale Position erschwerten.

Operation Sturm

Der Wendepunkt im kroatischen Unabhängigkeitskrieg kam 1995. Während der Operation Sturm eroberten kroatische Streitkräfte den größten Teil des von der selbsternannten Republik Serbische Krajina kontrollierten Gebiets. Die Operation beendete den Krieg in Kroatien faktisch. Franjo Tuđman starb im Dezember 1999.

Wochen später besiegte eine von reformorientierten Parteien geführte Koalition die HDZ. Neue Politiker wie Stjepan Mesić und Iвица Račan bemühten sich um eine Verbesserung der Beziehungen zum Westen.

Bereits im Jahr 2000 trat Kroatien der „Partnerschaft für den Frieden“ bei, die oft als erster Schritt in Richtung NATO-Mitgliedschaft angesehen wird – eine Art „Wartezimmer“ der NATO. Nur zwei Jahre später, im Jahr 2002, trat Kroatien dem Aktionsplan zur NATO-Mitgliedschaft bei. Während in der kroatischen Gesellschaft die Frage nach einem möglichen Referendum zur NATO diskutiert wurde, argumentierte Ministerpräsident Ivo Sanader (im Amt 2003–2009), dass **ein Referendum zur NATO nicht notwendig sei**, da „die kroatische Verfassung dies nicht vorschreibt“. Unterdessen führten „unabhängige Institutionen“ wie Transparency International mit finanzieller Unterstützung der US-Botschaft eine monatelange PR-Kampagne unter dem Motto „Besser ein Bündnis als Krieg“ durch, um die kroatischen Bürger über „die Vorteile der NATO“ zu informieren.

Der entscheidende Durchbruch gelang auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008. Dort lud die NATO Kroatien und Albanien offiziell ein, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Nach der Ratifizierung durch die NATO-Mitgliedstaaten wurde Kroatien am 1. April 2009 offiziell Mitglied des Bündnisses. Ministerpräsident Ivo Sanader erklärte stolz, dass „dieser Erfolg nicht möglich gewesen wäre, hätten wir darüber ein Referendum abgehalten“.

Achtzehn Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung und vierzehn Jahre nach Kriegsende wurde ein Land, das aus dem gewaltsamen Zerfall Jugoslawiens hervorgegangen war, Teil des selbsternannten stärksten Militärbündnisses der Geschichte.

Montenegro

„Russland hat nur zwei Verbündete: die Armee und die Flotte. Und Montenegro“ – eine fiktive Abwandlung eines berühmten Sprichworts, das dem russischen Kaiser Alexander III. (reg. 1881–1894) zugeschrieben wird.

Wie Serbien, mit dem Montenegro gemeinsame historische und kulturelle Bindungen teilt, gehörte Montenegro historisch gesehen zu den engsten Verbündeten Russlands, zumindest seit der nationalen Befreiungsbewegung Ende des 19. Jahrhunderts. Der Beitritt Montenegros zur NATO im Juni 2017 symbolisierte daher eine radikale Wende in der Geschichte des kleinen Landes.

Im Jahr 1989 war Montenegro eine der sechs Republiken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (Socialist Federal Republic of Yugoslavia). Das politische Leben wurde noch immer von kommunistischen Strukturen dominiert, doch das System schwächte sich bereits in der gesamten Föderation ab. Im Gegensatz zu Kroatien oder Slowenien entwickelte sich in Montenegro in der frühen Phase des Zerfalls Jugoslawiens keine starke separatistische Bewegung. Die politische Elite des Landes schloss sich weitgehend der serbischen Führung unter Slobodan Milošević an und unterstützte die Idee einer neu strukturierten jugoslawischen Föderation, die von Serbien und Montenegro dominiert werden sollte. Als Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien den Weg in die Unabhängigkeit einschlugen, verblieb Montenegro neben Serbien in einer verkleinerten föderalen Struktur. Nach dem Zerfall Jugoslawiens wurde Montenegro 1992 zusammen mit Serbien Teil der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ).

Während dieser Zeit war die BRJ aufgrund der Jugoslawienkriege, der Sanktionen und der Konflikte in Bosnien und Kroatien politisch isoliert. Auch Montenegro war von der allgemeinen internationalen Isolation der Föderation betroffen. Im Inland wurde Montenegro von der Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) unter der Führung von Milo Đukanović und Momir Bulatović regiert. Mitte der 1990er Jahre distanzierte sich Đukanović allmählich von Serbien, insbesondere als die Folgen der internationalen Isolation immer deutlicher wurden. Gleichzeitig hatte Đukanović selbst seine zwielfichtigen Seiten. Er wurde in Italien wiederholt wegen angeblicher Verwicklung in Zigarettenschmuggel angeklagt, einem kriminellen Geschäft, mit dem man damals Millionen verdienen konnte.

1997 festigte Milo Đukanović seine Kontrolle über die DPS. Unter Đukanovićs Führung orientierte sich Montenegro zunehmend an westlichen Institutionen, blieb aber formal weiterhin Teil der Bundesrepublik Jugoslawien. Montenegro nahm eine pragmatische Haltung gegenüber dem Westen ein, insbesondere im Gegensatz zu Serbien unter Milošević, das weiterhin unter schweren Sanktionen und politischem Druck stand. Dies schützte Montenegro jedoch nicht vor dem Zorn der NATO im Frühjahr 1999, als die NATO als Reaktion auf die Unruhen im Kosovo Jugoslawien bombardierte. Während ihrer 78-tägigen Bombardierungskampagne [griff die NATO auch Ziele in Montenegro an](#).

Im Jahr 2000 stürzte dann der serbische Staatschef Milošević nach Wahlen und weit verbreiteten Protesten im Land. Die Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro traten in eine neue Phase ein. Zunächst wurde die Bundesrepublik Jugoslawien in die Staatenunion Serbien und Montenegro umstrukturiert. Im Mai 2006 hielt Montenegro dann ein Unabhängigkeitsreferendum ab. Eine knappe

Mehrheit stimmte für die Unabhängigkeit, und Montenegro wurde offiziell ein souveräner Staat. Eine neue Nation war geboren. Montenegro war nun ein sehr kleiner Staat an der Adriaküste, umgeben von NATO-Mitgliedern oder NATO-Beitrittskandidaten und mit begrenzten militärischen Kapazitäten. Das Land trat 2006 dem NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ bei.

Die Meinungen im Land zur NATO waren geteilt. Die Menschen fragten sich, warum sie Teil eines Bündnisses werden sollten, das sie erst wenige Jahre zuvor bombardiert hatte. Dennoch setzte die montenegrinische Führungsschicht voll und ganz auf die Integration in die NATO. Ende der 2000er und Anfang der 2010er Jahre hatte die NATO bereits den größten Teil Mittel- und Osteuropas sowie mehrere Balkanstaaten, darunter Kroatien und Albanien, aufgenommen. Montenegros strategische Bedeutung beruhte auf seiner geografischen Lage: seiner Adriaküste und seiner Position zwischen den NATO-Mitgliedern Kroatien, Albanien und Italien.

Während die Regierung unter Đukanović die NATO-Integration konsequent unterstützte, blieben die Oppositionsparteien skeptisch oder lehnten sie ausdrücklich ab. In Montenegro entstand nie ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die NATO-Mitgliedschaft. Der Beitritt wurde in erster Linie durch Entscheidungen der Elite und die Ausrichtung auf das Ausland vorangetrieben und nicht durch innenpolitische Forderungen. Im Dezember 2015 lud die NATO Montenegro offiziell ein, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Wiederholte Vorwürfe der Korruption und des Autoritarismus gegen Đukanović stellten kein großes Problem dar. Der montenegrinische Ministerpräsident spielte zudem „die Russland-Karte“ aus: Am Tag der Wahlen im Jahr 2016 tauchten Vorwürfe über einen von Russland inspirierten Putschversuch gegen Đukanović auf. Alle Anschuldigungen wurden später von den montenegrinischen Gerichten zurückgewiesen. Am 5. Juni 2017 wurde Montenegro offiziell das 29. Mitglied der NATO.

Georgien und die Ukraine

Georgien und die Ukraine sind heute keine NATO-Mitglieder. Doch bereits 2008 hatte die NATO auf dem Gipfel in Bukarest erklärt, dass beide Länder letztendlich Mitglieder werden würden.

Die georgische Regierung, die vier Jahre zuvor durch eine Volksrevolution an die Macht gekommen war, unterstützte die Initiative nachdrücklich. Der georgische Präsident Micheil Saakaschwili verfolgte offen die NATO-Mitgliedschaft als Eckpfeiler der nationalen Strategie. Einige Monate nach dem Gipfeltreffen in

Bukarest versuchte Saakaschwili, Südossetien einzunehmen – ein Gebiet, das zwar von den meisten Ländern als Teil Georgiens anerkannt wurde, über das Georgien jedoch seit dem Krieg im Jahr 1992 keine Kontrolle mehr hatte. Saakaschwilis Versuch, Südossetien zu erobern, scheiterte jedoch, als Russland am 8. August 2008 intervenierte. Innerhalb von fünf Tagen zwang Russland Georgien zum Rückzug. Im Jahr 2013 gewann der Kandidat der Oppositionspartei „Georgischer Traum“, die pragmatischere Beziehungen zu Russland befürwortete, die Wahl. Seitdem ist der „Georgische Traum“ die dominierende Kraft in der politischen Landschaft Georgiens, und Gespräche über einen künftigen NATO-Beitritt Georgiens stehen nicht mehr zur Debatte.

Der Fall der Ukraine ist weitaus komplizierter. Bis Anfang 2014, vor der Maidan-Revolution, wäre die Idee eines NATO-Beitritts vielen Ukrainern absurd erschienen, insbesondere – aber nicht nur – in den östlichen und südlichen Regionen des Landes. Als die NATO-Streitkräfte 2006, nach dem ersten pro-westlichen Umsturz in der Ukraine, Übungen und Kriegsspiele auf der Krim planten, [demonstrierten die Einheimischen wochenlang](#) und zwangen schließlich das US-Personal, das Land zu verlassen, ohne die Übung abzuschließen. Eine [große Mehrheit der Ukrainer stand](#) der Idee eines möglichen NATO-Beitritts weiterhin ablehnend gegenüber, bis der Umsturz von 2014 den Lauf der ukrainischen Geschichte für immer veränderte.

Auch innerhalb der NATO gab es Meinungsverschiedenheiten. Deutschland und Frankreich wehrten sich gegen die Gewährung eines sofortigen Membership Action Plan für die Ukraine, da sie eine Konfrontation mit Russland befürchteten. Die meisten Menschen waren sich bewusst, dass eine Ukraine in der NATO für Moskau eine rote Linie darstellen würde. Der amerikanische Botschafter in Russland, William Burns, brachte dies in einem berühmten Telegramm zum Ausdruck, das als [„Njet heißt Njet“](#) in die Geschichte einging. Doch das Interesse der NATO an der Ukraine war zu groß, um sich um diese Unannehmlichkeiten zu kümmern. Die Welt erlebt nun die Folgen dieser schicksalhaften Entscheidungen. Die NATO rühmt sich, ein Bündnis freier und demokratischer Nationen zu sein, doch die Erfahrung der NATO-Erweiterung beweist, dass die Politik tatsächlich seltsame Bettgenossen hervorbringt.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Orban, Viktor Kroatien Georgien Ungarn Serbien Ukraine Jugoslawien
Montenegro NATO